

RONALD LAMBRECHT, Studenten in Sachsen 1918–1945. Studien zur studentischen Selbstverwaltung, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie zum politischen Verhalten der sächsischen Studentenschaft in Republik und Diktatur (Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 28), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2011. – 555 S., 21 Abb. (ISBN: 978-3-86583-577-2, Preis: 49,00 €).

Die 2010 an der Leipziger Universität verteidigte Dissertation untersucht mit einem umfassenden Ansatz die Studentenschaft der fünf sächsischen Hochschulen (Universität Leipzig, Technische Hochschule Dresden, Bergakademie Freiberg, Forsthochschule Tharandt und Handelshochschule Leipzig) in dem Vierteljahrhundert vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. In Anbetracht der unterschiedlichen Vorarbeiten und der Materialfülle konzentriert sie sich weitgehend auf die beiden größten Einrichtungen, die Universität Leipzig und die TH Dresden. Studentischer Alltag und Sport blieben beiseite, vom Verbindungswesen wurde nur der korporative Teil behandelt. Schwerpunkte der Arbeit sind die spezifisch sächsische Form der studentischen Selbstverwaltung bis 1933 sowie die Haltung der Hochschüler zu Staat und Politik.

Das erste, strukturgeschichtliche Kapitel (S. 43-96) behandelt für den gesamten Zeitraum die Studentenfrequenz an allen untersuchten Hochschulen, Frauen- und Ausländerstudium, die fachliche Gliederung der Studenten, deren soziale Zusammensetzung, ihre Vorbildung und Konfession. In den einleitenden Bemerkungen oder spätestens hier wäre ein Hinweis auf die Unschärfe der Angaben zwischen 1932/33 und 1945 für die Universität Leipzig wünschenswert gewesen, da die Matrikel für diese Jahre verloren sind und eine umfangreiche Studentenkartei noch der Auswertung harret.

Das zweite, die Weimarer Republik betreffende Kapitel (S. 97-345) wird durch die Behandlung der bereits in den letzten Jahren des Kaiserreiches etablierten studentischen Selbstverwaltung eingeleitet. An der Leipziger Universität erhielt diese wegen der großen Rolle von wirtschaftlichen und sozialen Problemen im studentischen Alltag ein besonderes Profil. Es war ein Wirtschaftsausschuss als eingetragener Verein mit einer Anzahl Ämter entstanden. Von 1923 an wurden dessen Vertreter in den Allgemeinen Studentenausschuss integriert, sodass dieser aus delegierten und gewählten Mitgliedern bestand. Mit den weitgehend freistudentisch geprägten Studenten des Ausschusses konnte eine frühe Machtübernahme durch den NSDtSB verhindert werden.

Die Vorbildung der Studierenden an Sachsens Hochschulen, außer der Forsthochschule Tharandt, erfolgte am Ende der Weimarer Republik an Ober- bzw. Realschulen, nicht mehr überwiegend an Gymnasien. Deren Anteil lag in Sachsen unter dem Reichsdurchschnitt von etwa 30 %. Mit nur 9,2 % war sie an der Leipziger Handelshochschule am niedrigsten. Andererseits wies diese einen hohen Anteil von Neumatrikulierten auf, die kein Abitur (17,2 %) oder lediglich eine Sonderreifepfprüfung (11,8 %) abgelegt hatten. Lambrecht vergleicht dies mit ähnlichen Tendenzen an den Pädagogischen Hochschulen Preußens, die im Laufe der 1920er-Jahre aus den Akademien für Lehrerbildung hervorgegangen waren und in erster Linie Grundschullehrer ausbilden sollten. In beiden begegnet uns ein neuer Typ von Hochschulen, zu dem einige Überlegungen wünschenswert gewesen wären. Für ihren Besuch erhielt auf Kosten der traditionellen höheren Schule die berufliche Qualifizierung ein größeres Gewicht.

Das Kapitel schließt mit einer gut fundierten Skizze über den Aufstieg des NS-Studentenbundes, vor allem an den beiden großen Hochschulen. Die Leipziger Universität gehörte, ähnlich wie der NS-Gau Sachsen, zu jenen Bereichen Deutschlands, in

denen die Nationalsozialisten besonders rasch einen großen Anhang um sich scharen konnten.

Das leitet zum dritten Kapitel „Sächsische Studierende in der Zeit des Nationalsozialismus“ (S. 347–478) über. In der „Aufbruchstimmung ungeahnten Ausmaßes“ (S. 367) formierte sich die nach dem Führerprinzip neu gebildete „Deutsche Studentenschaft“ als alleiniger Vertreter der Studentenschaft mit dem Anspruch auf politische Erziehung. Sie forderte von jedem Mitglied politischen Dienst in einer NS-Organisation und Teilnahme an Schulungen, was bald in Konflikt mit den Studienaufgaben geriet.

Seit den Anfängen studentischer Zusammenschlüsse gab es Kommilitonen, die sich für diese nicht interessierten, bewusst oder aus sozialen Gründen, mit der Sicherung ihres Lebensunterhaltes beschäftigt. Nach 1933 dürfte sich das nicht verändert haben. Nun waren sie aber mit einer Einrichtung konfrontiert, die einen Erziehungsanspruch erhob. Sicher, wenn sie sich verweigerten, verzichteten sie auf jeden Förderungsanspruch. Versuchten die staatlichen bzw. politischen Organe, sie zu disziplinieren? Und: War ihre Abstinenz nicht auch eine Form des Dissenses zur herrschenden Macht, ungeachtet ihrer Absicht, lediglich zu studieren? Knapp und zutreffend behandelt Lambrecht im Übrigen die wenigen Formen studentischen Dissenses an sächsischen Hochschulen.

Es liegt eine gut fundierte und interessante Darstellung der sächsischen Studentenschaft vor, die durch den Vergleich der einzelnen Hochschulen und gründliche Quellenarbeit unser Wissen über diese Jahrzehnte erheblich erweitert.

Leipzig

Siegfried Hoyer

EDUARD MÜHLE (Hg.), Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910–1968 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, Bd. 7), Herder-Institut, Marburg 2008. – VI, 610 S. (ISBN: 978-3-87969-349-8, Preis: 58,00 €).

Der 1885 im böhmischen Reichenberg (tschech. Liberec) geborene und 1969 in Freiburg/Breisgau verstorbene Hermann Aubin gehört zu den interessantesten deutschen Historikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als Schüler des Freiburger Mittelalterhistorikers Georg von Below hat Aubin von seinen akademischen Wirkungsstätten in Bonn, Gießen, Breslau, Hamburg und Freiburg, wo er seit 1945 seinen Hauptwohnsitz hatte, eine beeindruckend vielfältige und anregende Tätigkeit entfaltet, wobei er sich als Wirtschafts- und Sozialhistoriker, Ostforscher und nicht zuletzt auch Landeshistoriker einen Namen gemacht hat. Das 1920 von Aubin gegründete Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn war das nach dem Leipziger Kötzschke-Seminar für Landeskunde und Siedlungskunde älteste landesgeschichtliche Institut. Das Konzept der interdisziplinär betriebenen Kulturraumforschung geht auf Hermann Aubin zurück.

Im Gegensatz zu vielen anderen Historikern seiner Zeit lässt sich das Leben und Denken Aubins recht gut nachzeichnen, weil er nicht nur eine Fülle von Publikationen vorgelegt hat, sondern weiträumig in der deutschen Gelehrtenwelt vernetzt war und die vielfältigen Kontakte durch eine selbst für die damalige Zeit ungewöhnlich ausgedehnte und rege Korrespondenz pflegte. Nicht zuletzt dadurch war es dem Historiker Eduard Mühle möglich, eine umfassende Biografie des Ostforschers vorzulegen (vgl. E. MÜHLE, Für Volk und deutschen Osten, Düsseldorf 2005). Die vorliegende Auswahl-edition von Briefen Aubins knüpft daran an.